

**Vorlage  
für die Sitzung  
der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz  
am 26. September 2017**

**Ärztliche Begutachtung bei gesundheitlichen Abschiebehindernissen in Bremerhaven**

**A. Problem**

Der Deputierte Herr Erlanson von der Fraktion DIE LINKE hat um einen Bericht zu folgenden Fragen gebeten.

1. Hat das vorgesehene Gespräch zwischen der Senatorin für Gesundheit und dem Gesundheitsamt Bremerhaven zur Validierung der aktuellen Praxis der Stellungnahmen des Gesundheitsamtes bei gesundheitlichen Abschiebehindernissen (speziell psychische Erkrankungen) bereits stattgefunden?
2. Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Welches zukünftige Verfahren wurde verabredet?
3. Laut Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft (Drs. 19/1178) wurden vom Gesundheitsamt Bremerhaven bis Juni 2017 insgesamt 13 Stellungnahmen abgegeben. Bei wie vielen davon ging es um eine psychische Erkrankung? Und bei wie vielen der psychisch Erkrankten hat eine persönliche Begutachtung stattgefunden?

**B. Lösung**

**Antwort zu Frage 1:**

Das Gespräch zwischen der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (SWGv) und dem Gesundheitsamt in Bremerhaven hat am 10. August 2017 stattgefunden.

**Antwort zu Frage 2:**

Es besteht Einvernehmen, dass die Verfahren in Bremen und Bremerhaven nach vergleichbaren Kriterien durchgeführt werden sollen. Die Fachaufsicht der senatorischen Dienststelle prüft noch, ob hierzu eine fachliche Weisung erforderlich ist, damit künftig eine persönliche Begutachtung von erkennbar suizidgefährdeten Geflüchteten sowohl vom GA Bremen als auch vom GA Bremerhaven vorgenommen wird.

**Antwort zu Frage 3:**

Es handelt sich bei den genannten Stellungnahmen zu einem Teil um somatische Erkrankungen. Eine Begutachtung der psychiatrischen Erkrankungen allein nach Aktenlage erfolgte nicht.

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Produktgruppenhaushalt**

Keine.

**E. Beschlussvorschlag**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Kenntnis.